Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 88 (2003)
Heft: 4

Artikel: Krieg gegen die Aufklärung
Autor: Rampp, Gerhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1041834

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

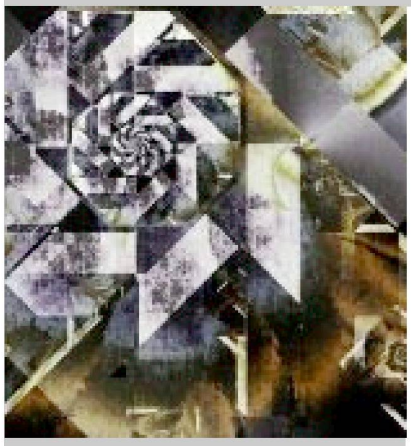
Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

frei denker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Krieg gegen die Aufklärung



"Das erste Opfer jedes Kriegs ist die Wahrheit." So lautet eine bekannte Weisheit, die aber wohl noch nie so berechtigt war wie in diesen Tagen. Denn kein Krieg wurde publizistisch und unter Einschaltung professioneller Werbebüros so geschickt vorbereitet wie der, den die USA nun schon fast ein Jahr lang gegen den Irak ankündigen.

Inzwischen vermutet rund die Hälfte der US-Bevölkerung, der Irak habe etwas mit den Anschlägen des 11. September zu tun, und immerhin ein Drittel glaubt, der Irak sei gar in der Lage, die USA mit Raketen zu bedrohen. Da hilft es auch nicht, wenn erfahrene Militärexperten darauf hinweisen, dass dies schon rein technisch völlig unmöglich sei und dass die irakische Armee nach dem Golfkrieg von 1991 nahezu am Boden lag. Wovon aber hätte das Regime des Saddam Hussein eine Wiederaufrüstung finanzieren sollen, noch dazu unbemerkt von der wachsam gewordenen Weltöffentlichkeit, wenn ihm nach dem seither verhängten Wirtschaftsboykott die finanziellen Mittel fehlten? Wie weit die Berichterstattung über den Krieg schon 1991 über den halbamtlichen Informationssender CNN gefiltert und manipuliert worden war, kam erst Jahre später heraus. Schon damals war die Einstimmung der Öffentlichkeit perfekt inszeniert. Viele erinnern sich noch an die junge Frau, die mit herzzerreissendem Schluchzen von Babies berichtete, die irakische Soldaten angeblich in einem kuwaitischen Krankenhaus aus ihren Brutkästen gerissen und zu Tode getrampelt hätten. Später stellte sich heraus, dass diese Szene von einem mit der Regierung eng zusammenarbeitenden Werbebüro einstudiert war, und der oskarverdächtige Auftritt wurde vorgetragen – von der Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Inzwischen wurde die propagandistische Vorarbeit so drastisch verstärkt, dass der US-Kriegsminister Rumsfeld sogar einen eigenen Geheimdienst aufbaute, der parallel zum CIA arbeitet, weil dieser traditionelle Aufklärungsdienst zu stark an den Fakten orientiert sei und seine Befunde daher so gar nicht zur Kriegsvorbereitung taugten. Neben der Verfälschung der Fakten spielen auch die Lügen der Wörter eine grosse Rolle. Da wird aus Kriegsvorbereitungen eine "Drohkulisse", aus dem Angriffskrieg ein "präventiver Erstschlag", aus dem Bombenhagel die "Entwaffnung Saddam Husseins". Die Zerstörung vieler Städte mit geschätzten 500'000 zivilen Opfern sind dann "Kollateralschäden" und überhaupt ist der Begriff "Verteidigungspolitik" längst durch die Vokabel "Sicherheitspolitik" abgelöst. Damit wir uns nicht missverstehen: Selbstverständlich desinformiert der Diktator Saddam Hussein seine Landsleute mindestens ebenso sehr, und die Wirkung wird sogar noch viel stärker sein, weil in seinem Land eine freie Presse mit abweichender Meinung nicht existiert. Aber dies haben wir alle schon vorher gewusst, doch waren die meisten unter Ihnen und – ich gestehe es zu – auch ich bis vor kurzem noch der Überzeugung, dass sich gerade darin die Überlegenheit einer Demokratie zeige, dass sie solche Verfälschungen der Wahrheit nicht nötig habe. Aber rechtfertigt nicht das über viele Jahre hinweg unmenschliche Verhalten dieses Diktators seine Vertreibung oder Tötung durch einen Krieg? Abgesehen davon, dass gerade die USA Saddam Hussein noch in den achtziger Jahren aufgerüstet und gefördert haben, müssen wir uns eines klar machen: Weit mehr als die Hälfte aller Staaten sind Militärdiktaturen, und wenn die NATO oder einzelne westliche Länder alle brutalen Despoten vertreiben wollten, dann kämen sie aus dem Kriegführen nicht mehr heraus. Die Erfahrung lehrt uns, dass die Demokratie nur äusserst selten durch militärische Gewalt eingeführt worden ist, sondern dass sie nur das Ergebnis eines langfristigen Entwicklungs- und Erziehungsprozesses sein kann. Wenn heute die Strukturen im Irak zerschlagen werden, dann werden neue Konfliktherde entstehen, nicht zuletzt durch den erstarkenden Nachbarn Iran. Und schon jetzt fürch-

Forts. S. 2

"Nichts rechtfertigt die Doktrin des Präventivkrieges. Ich verdächtige meinen Nachbarn, dass er mir wehtun will und füge ihm deshalb Leid zu: Würde man diese These verteidigen, fänden wir uns bald in einer Welt wieder, regiert von Gewalt und Kriminalität."
José Saramago, 22. März 2003

THEMEN in diesem FREIDENKER

Krieg gegen die Aufklärung	1-4
Freidenkerspende 2003	5
Chronik eines gewollten Krieges	6
35 Jahre EvB	7

Fortsetzung von Seite 1

ten die irakischen Kurden einen Einmarsch türkischer Truppen, der leicht zu einem neuen Dauerkonflikt ausarten könnte. Niemand kann ernsthaft annehmen, dass der Nachfolger Saddams etwa ein überzeugter Demokrat würde. Davon gehen auch die Amerikaner nicht ernsthaft aus, denn unter den neun strategischen Kriegszielen der US-Militärs rangiert, wie aus einem vertraulichen Regierungsdokument hervorging, die Durchsetzung der Menschenrechte und eines demokratischen Standards im Irak nur an achter und damit vorletzter Stelle. Ganz vorn standen hingegen der ungehinderte Zugang zum irakischen Öl und die Modernisierung der industriellen Anlagen durch amerikanische Ausrüstungsfirmen.

Kein Blut für Öl

Der Losungsruf der Friedensbewegung "Kein Blut für Öl" spricht deshalb das eigentliche Motiv für dieses militärische Engagement der USA ungeschminkt und lapidar an. Die Bemerkung eines einflussreichen Senators vor sechs Wochen, Frankreich und Russland könnten künftig nur noch dann am irakischen Ölmarkt teilhaben, wenn sie sich zuvor auch an Militäraktionen beteiligten, unterstreicht nur noch, welche Motive für diesen bevorstehenden Krieg eine Rolle spielen. Verständlich wird dann allerdings auch, warum die europäischen Staaten wenig Neigung verspüren, sich in einen Krieg hineinziehen zu lassen, der sie viel kosten würde, dessen Früchte aber vor allem die USA ernten.

Krieg löst keine Probleme

Erfreulicherweise haben sich nicht nur vier Fünftel der europäischen Einwohner gegen diesen Krieg ausgesprochen, sondern mit seltener Eindeutigkeit auch die beiden grossen Kirchen, deren Position hierselbst in der Begründung kaum von der des Bundes für Geistesfreiheit abweicht. Wer sich in solchen konkreten Fragen nicht von althergebrachten Dogmen, sondern von seinem gesunden Menschenverstand und rationalen ethischen Grundsätzen leiten lässt, wird als religiöser Mensch wie auch als Freigeist nicht um die Einsicht herumkommen, dass ein Krieg – und schon gar ein Angriffskrieg – keine Probleme löst, wohl aber neue schafft, von den vielen Opfern und den immensen Kosten einmal ganz abgesehen. Aus diesen Erwägungen heraus und aufgrund der aufklärerischen Grundeinstellung ist ein beachtlicher Teil der Mitglieder des Bundes für Geistesfreiheit schon seit vielen Jahren in der Friedensbewegung engagiert – gemeinsam mit gleichermassen aktiven Christen. Vielleicht liegt darin auch der Unterschied zu der Mehrheit der amerikanischen Kirchen, die bekanntlich oft fundamentalistisch ausgerichtet sind, während sich die grösseren europäischen Kirchen dem Einfluss der Aufklärung zumindest in der Friedensfrage nicht entzogen haben.

Christliche und humanistische Ethik kommen zum gleichen Ergebnis

Es bleibt zu hoffen, dass nun der Papst und seine Kurie auch ihre Theorie vom gerechten Krieg und der Legitimation der Todesstrafe korrigieren, die beide noch im letzten aktuellen Katechismus von 1993 enthalten sind. Denn kein Krieg ist gerecht. Allenfalls die Notwehr bei eindeutigen Angriffen von aussen ist legitim. Überhaupt sollte nicht vergessen werden, dass christliche und humanistische Ethik in fast allen Fällen bei unterschiedlicher Begründung zum gleichen Ergebnis kommen. Ausnahmen wie die Einstellung zu Sexualität, Abtreibung und Sterbehilfe bestätigen hier nur die Regel. Auch an einem anderen aktuellen Beispiel zeigt sich, wo die Gemeinsamkeiten von europäisch geprägt-

Forts. S. 3

Fortsetzung von Seite 2

tem Christentum und weltlichem Humanismus an Grenzen stossen: Während die Kirchen die umstrittene Ausstellung "Körperwelten" in München verboten sehen und damit Andersdenkende bevormunden möchten, setzt der Bund für Geistesfreiheit auf die Mündigkeit der Menschen und will jedem einzelnen überlassen, was er sich ansehen will und was nicht. Einigkeit besteht immerhin in der Absage an einen religiösen oder politischen Fundamentalismus, wie wir ihn derzeit nicht nur in islamischen Ländern erleben, sondern auch in den USA.

Anti-Fundamentalismus

Mit Anti-Amerikanismus hat diese Haltung indes nichts zu tun, denn es geht hier um die Kritik an einer dogmatischen, alttestamentarischen Geisteshaltung, die auch in jedem europäischen Staat bei einer Minderheit vorzufinden ist. Andererseits fühlt sich auch in den USA ein erheblicher Bevölkerungsteil, vor allem im Norden und bei gebildeteren Menschen, den Grundwerten der Aufklärung verpflichtet, die ja auch die amerikanische Verfassung geprägt hat. Derzeit ist rund die Hälfte der US-Einwohner ebenfalls gegen einen Irak-Krieg. Sogar rund 100 Städte, darunter Chicago, Detroit und Philadelphia, haben sich in offiziellen Resolutionen dagegen ausgesprochen. Diese aufrechten Menschen verdienen unsere Solidarität ebenso wie die Zivilbevölkerung im Irak. Was uns grosse Sorgen macht, sind nicht nur die unkalkulier-baren Folgen eines solchen Krieges. Es ist vor allem die grenzenlose Selbstgerechtigkeit, mit der der US-Präsident sich von vornherein im Recht und seine eigene als die beste aller Nationen sieht. Solcher Grössenwahn – nicht aus den USA, sondern vor allem aus Deutschland und teilweise auch aus anderen europäischen Nationen – hat uns zwei Weltkriege beschert. Wir wollen keinen dritten.

Was ist ein Schurkenstaat?

Die Abqualifizierung anderer Nationen als Schurkenstaat hilft nicht weiter. Was ist überhaupt ein Schurkenstaat? Nach allen Äusserungen aus Kreisen der US-Regierung handelt es sich um einen Staat, der gegen die Mehrheit der Bevölkerung an die Macht gekommen ist, der andere Nationen schikaniert, der UN-Resolutionen missachtet, der sich in

Forts. S. 2

Zentralvorstand

FVS-Delegiertenversammlung 2003
Sonntag, 4. Mai 2003 in Genf

Auf Einladung der Sektion Genf findet diesjährige Delegiertenversammlung im äussersten Westen der Schweiz statt.

10.30 Uhr
Salle "Ellenberger" im Bâtiment Centre Postal

Die Delegierten erhalten die Unterlagen zugeschickt. Programm und Traktandenliste werden im nächsten FREIDENKER publiziert.

Nebst den Delegierten sind auch Gäste jedes Jahr willkommen.
Anmeldung über die Sektionspräsidien oder das Zentralsekretariat.

Letzter Aufruf: Freidenkerspende 2002

Ausbildungsplätze für junge Männer und Frauen

Noch bis zur Delegiertenversammlung 2003 ist das Spendenkonto offen zugunsten des Ausbildungsprojektes von Robert Kern in Rio das Ostras (Brasilien).

Spendenkonto: 90-197500-0
Kontostand Ende Januar rund Fr. 9'000.-

Neuigkeiten aus Rio das Ostras:
"Das Ausbildungszenter wurde dieses Jahr etwas erweitert, dank Spenden konnte ich die zweite Halle im Rohbau erstellen und auch das Dach decken lassen. Ich hoffe, bis zum neuen Kursbeginn im März die Wände hochzuziehen und danach den Weiterausbau voranzutreiben. Dies gibt sehr viel zu tun, alles muss am richtigen Ort installiert sein, auch den Kostenfaktor darf ich nicht ausser Acht lassen. Nach der Fertigstellung kommt die Phase der Einrichtung, Maschinen, Werkzeuge etc.
Für 2003 sind wieder 4 Kurse vorgesehen. Die Zeit zwischen den Kursen nutze ich für Erweiterungen der Arbeitsplätze, Verbesserungen im Kursprogramm und für allgemeine Vorbereitungsarbeiten.

Robert Kern"

Die neu erstellte Halle im Rohbau

Fortsetzung von Seite 3

Angelegenheiten souveräner Staaten wiederholt militärisch eingemischt hat, der ABC-Waffen nicht nur besitzt, sondern auch eingesetzt hat – mit schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung. Bei den Todesstrafen steht er ganz oben in der Weltrangliste (nach Staaten wie China, dem Iran und Saudi-Arabien) und etwa jeder 70. der eigenen Bürger hat seinen Wohnsitz in einem Gefängnis. Dennoch: Die USA sind natürlich kein Schurkenstaat, aber ihre Regierung sollte aufhören, sich als eine von Gott auserwählte Führungsmacht zu begreifen. In einigen Distrikten der Südstaaten wird schon seit einiger Zeit in öffentlichen Schulen gelehrt, Gott liebe Amerika mehr als andere Staaten. Gefährlich wird solche Hybris, wenn sie sich in praktischer Politik niederschlägt.

Weltherrschaft versus Vereinte Nationen

Solange die US-Regierung ihre Absicht nicht aufgibt, sich über die UNO zu erheben, stellt dies nicht nur den Wert der Vereinten Nationen grundsätzlich in Frage, sondern gibt sogar Befürchtungen in den Entwicklungsländern Nahrung, sie strebe womöglich die Weltherrschaft an. Dass dies zu weiteren Terror-Aktionen animiert, liegt auf der Hand.

Entmachtung der Demokratie?

Die Berliner Friedensforscherin Eva Quistorp wies auf die fatalen Folgen eines Irak-Kriegs gegen den erklärten Willen der Bevölkerung hin. In Europa und in den USA droht nach ihrer Ansicht letztlich eine Entmachtung der Demokratie. "Die Wähler werden mit ihrer fundierten Meinung nicht mehr anerkannt. Sie werden für dumm erklärt", sagte sie in einem Interview. Auch der Bürgerrechtler und ehemalige Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, der dort mutig gegen die Kraken der Mafia gekämpft hat, erinnerte am Aschermittwoch in einem Festvortrag in Augsburg an das erste und grundlegende aller Menschenrechte: das Recht der Menschen auf Frieden. Ohne dieses Grundrecht stehen alle weiteren nur noch auf dem Papier.

Tragen Sie Ihren Teil dazu bei, dass der Frieden erhalten bleibt, nutzen Sie Ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit. Es geht um mehr als nur um eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen einer Supermacht und einer autoritären Öl-republik. Es geht um die Bewahrung jener Grundsätze und Grundrechte, die für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar sind.

Gerhard Rampp
Radiovortrag vom 9.3.2003 des Bundes für Geistesfreiheit Bayern

Spitze des Eisbergs?

Die Strafverfolgung des Handels mit Kinderpornographie im Internet könnte, wie das Beispiel Grossbritannien auch mit dem prominenten Fall des Who-Gitarristen Townshend zeigt, das Justizsystem überfordern – es könnte einfach zu viele Verdächtige geben.

Es erwischt nicht nur dubiose Männer, sondern auch Polizisten, Lehrer, Richter, Ärzte, Politiker und Prominente. Nachdem in den USA im Rahmen der Operation Avalanche 1999 der Betreiber von Websites in Dallas aufgeflogen ist, über die er weltweit Kinderpornographie gehandelt hatte, wurde das Ausmass dieses perversen Verlangens deutlich. Aufgrund ihrer Kreditkarten, die sie zum Bezahlen benutzten, könnten weltweit allein in diesem Fall 250'000 Pädophile identifiziert werden. Nach der Festnahme des Betreibers Thomas Reedy hatten FBI-Beamte die Websites weiter betrieben und Kunden angelockt. Scotland Yard spricht aufgrund neuer Untersuchungen davon, dass allein in Grossbritannien eine Viertelmillion Männer kinderpornographische Bilder über das Internet gekauft haben könnten. Insgesamt haben die Briten über 7'000 Namen von Verdächtigen vom FBI erhalten. 1'300 wurden bereits festgenommen. Bislang ist man vor allem gegen diejenigen vorgegangen, die bereits einschlägig bekannt oder vorbestraft sind oder die in Behörden arbeiten, während diejenigen, die keine akute Gefahr für Kinder darstellen, bislang noch verschont geblieben sind. Darunter sollen sich auch zahlreiche Unternehmer, Politiker, Militärs, Wissenschaftler und andere angesehene Männer befinden.

In anderen Ländern war man bislang nicht so eifrig wie in Grossbritannien. Aufgrund der in der Operation Avalanche gefundenen Hinweise auf 35'000 Amerikaner sind gerade erst einmal 150 Untersuchungen erfolgt. Auch in Kanada wurden erst wenige der über 2'000 bekannt gewordenen Fälle untersucht. In Deutschland wurden im letzten Jahr 1'400 Verdächtige ausgemacht. 1'100 wurden vernommen und deren Computer durchsucht.

Das alles könnte aber nur die Spitze eines Eisbergs sein. Wenn denn die Vermutungen von Scotland Yard über das Ausmass des strafbaren Handels von Kinderpornographie über das Internet für Grossbritannien und vergleichbar für andere Länder zutreffen, dann wäre dies nicht nur erschreckend, sondern würde die Menge der Strafverfolgungen möglicherweise auch das Justizsystem lahm legen.

Die Kreditkartenunternehmen Visa, Mastercard und American Express haben mitgeteilt, dass sie überprüfen wollen, wie viele ihrer Kunden Web-sites mit Kinderpornographie abonniert haben oder anderweitig für Kinderporno Geld bezahlen. Schätzungsweise wird allein die Visa-Liste mehr als 100'000 Namen enthalten. Zusammen mit den Kunden von Mastercard und American Express sowie anderen grossen Kreditkartenunternehmen geht die Projektion der Gesamtzahl von britischen Männern, die auf diese Sites zugegriffen haben, auf über 250'000.

Für die Strafverfolgung, die Gerichte und möglicherweise Gefängnisse in Grossbritannien wäre aber schon die jetzt bekannten 6'000 Verdächtigen eine grosse Belastung. Angeblich soll die britische Polizei von ihren Kollegen aus den USA eine weitere Liste mit 10'000 Namen erhalten. Und wenn dann tatsächlich Ermittlungen in Hunderttausenden von Fällen stattfinden müssten, dürfte dies schlicht unmöglich werden.

Es stellt sich überdies die Frage, ob es das Internet möglicherweise für pädophil Getriebene zu leicht macht, an Kinderpornographie heranzukommen, ob auch virtuelle Pornographie mit Kindern strafbar sein soll und ob es angemessen ist, wegen der leichten Erreichbarkeit auch jeden strafrechtlich belangen zu müssen, auf dessen Computer sich, und sei es nur im Browser-Cache, einschlägige Bilder finden. Wer allerdings entsprechende Bilder oder Videos kauft, dürfte mehr als nur zufällig oder beiläufig interessiert sein.

www.heise.com 27.01.2003